

Der unbare Zahlungsverkehr in Deutschland und die Rolle der Deutschen Bundesbank

Entwicklungen und wichtigste Tendenzen in den letzten 50 Jahren

Die Systeme für den unbaren Zahlungsverkehr und die Wertpapierabwicklung leisten als transaktionsbezogene Infrastruktur des Finanzsektors einen wesentlichen Beitrag zur Finanzstabilität. Sie erweisen sich auch in der gegenwärtigen Finanzkrise als zuverlässig und robust. Vornehmlich die Fortschritte in der Informationstechnologie und die anhaltende Bereitschaft der Kreditwirtschaft zu Investitionen haben den Zahlungsverkehr¹⁾ beschleunigt, verbilligt und gleichzeitig sicherer gemacht. Stabilität und Effizienz des Zahlungsverkehrs in Deutschland beruhen vor allem auf dem konsequenten Zurückdrängen beleggebundener Zahlungen zugunsten elektronischer Datensätze. Weitere Triebkräfte sind der harte Wettbewerb bei gleichzeitiger Bereitschaft zu einer umfassenden Standardisierung. Die Risiken im Zahlungsverkehr sowie in der Devisen- und Wertpapierabwicklung sind in den letzten zwei Jahrzehnten durch die Hinwendung zum Bruttoprinzip und zur Zug-um-Zug-Abwicklung weiter vermindert worden. Die Herausforderungen durch EU-Binnenmarkt und Euro sind noch nicht vollständig gemeistert, wie die Bemühungen um einen einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (Single Euro Payments Area: SEPA) zeigen. Mit SEPA wird das Ziel eines integrierten EU-Finanzmarktes jedoch weiter vorangebracht.

1 Unter „Zahlungsverkehr“ ist im Weiteren der unbare Zahlungsverkehr gemeint.

Volkswirtschaftliche Bedeutung des Zahlungsverkehrs

Der permanente Austausch zwischen den Marktteilnehmern stellt ein wesentliches Merkmal der arbeitsteiligen Wirtschaft dar. Dies ist heute ohne einen funktionsfähigen unbaren Zahlungsverkehr undenkbar. So hat zwar bei Präsenzgeschäften im Handel der Barzahlungsverkehr mit Banknoten und Münzen immer noch eine herausragende Stellung. Bedeutsame wirtschaftliche Transaktionen werden aber unbar durch Verfügung über Einlagen oder eingeräumte Kreditlinien auf Girokonten beglichen. Als Zahlungsinstrumente, mit denen die Kontoinhaber dieses Buchgeld bewegen können, dominieren in Deutschland stückzahlenmäßig die Lastschrift (2007: 6,9 Milliarden Stück) sowie die Überweisung (2007: 5,2 Milliarden Stück). Beim Betragsvolumen entfallen allerdings mehr als 80 % auf Überweisungen. Als Abwicklungsinfrastruktur für den unbaren Zahlungsverkehr dienen in erster Linie Zahlungssysteme, die einen Austausch von Zahlungen zwischen verschiedenen Banken ermöglichen. In vielen Ländern werden dabei für Massen- und Individualzahlungen unterschiedliche Systeme genutzt. Während der Massenzahlungsverkehr Zahlungen mit niedriger Betragshöhe und geringer Eilbedürftigkeit umfasst, ist der Individualzahlungsverkehr durch zeitkritische Großbetragszahlungen gekennzeichnet.

Effiziente und sichere Zahlungsverkehrs- und Abwicklungssysteme haben große Bedeutung für Volkswirtschaft und Finanzsektor. Für hochentwickelte Volkswirtschaften ist die Stabilität des Zahlungsverkehrs ein öffent-

liches Gut, von dessen Bereitstellung alle Nutzer Vorteile haben. Störungen im Zahlungsfluss können das Vertrauen der Wirtschaftsteilnehmer und damit die Entwicklung im realen wie im finanziellen Sektor der Wirtschaft beeinträchtigen. Die derzeitigen Verwerfungen auf den Finanzmärkten vieler Länder unterstreichen die Bedeutung stabiler Abwicklungssysteme. So könnten zum Beispiel technisch bedingte Störungen eine Krise hervorrufen oder verschärfen, falls die Marktteilnehmer bei Ausbleiben eines erwarteten Zahlungseingangs fälschlich ein Liquiditätsproblem des Schuldners vermuten. Dies gilt insbesondere für den Individualzahlungsverkehr, bei dem hohe Beträge zwischen Kreditinstituten in Echtzeit abgewickelt werden, aber auch für den Massenzahlungsverkehr, und erklärt, warum für Notenbanken der Zahlungsverkehr in vielfacher Hinsicht von zentraler Bedeutung ist.

Neben der Stabilität von Zahlungs- und Abwicklungssystemen ist auch deren Effizienz mit erheblichen volkswirtschaftlichen Vorteilen verbunden. Je effizienter diese Systeme ausgestaltet sind, umso niedriger können die zur Kostendeckung benötigten Entgelte für die Transaktionen im Geld- oder Wertpapierbereich ausfallen. Die Weitergabe der Kostenvorteile steigert die Wettbewerbsfähigkeit der Nutzer dieser Systeme. Möglichst niedrige Kosten für Transaktionen sind somit ein wichtiger Beitrag für die Attraktivität eines Finanzplatzes, was letztlich auch positiv auf die realwirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Standorts ausstrahlt. Geschäftspolitisch spielen der Zahlungsverkehr wie auch die Wertpapier-Abwicklungssysteme für die Institute

Effizienter Zahlungsverkehr schafft Wettbewerbsvorteile

Funktionierender Zahlungsverkehr wichtig für Finanzstabilität

eine zweigeteilte Rolle: Zum einen sollen die Kosten durch Standardisierung und Automatisierung möglichst gering gehalten werden, zum anderen haben die Kontoführung und damit die Zahlungsverkehrsdienstleistungen für die Kreditinstitute auch eine strategische Bedeutung als „Türöffner“ für viele weitere Geschäfte. Die Erträge aus den Dienstleistungen im Zahlungsverkehr (z. B. Kartenzahlungen) und im Wertpapiergeschäft für Dritte (Kauf, Verkauf, Depotführung, Vermögensverwaltung) liefern zudem stabile Ergebnisbeiträge.

Die Rolle der Bundesbank im Zahlungsverkehr

Sorgeauftrag erfüllt durch Überwachung, Zahlungsverkehrspolitik und Betrieb eigener Systeme

Die Sorge für den unbaren Zahlungsverkehr ist – zusammen mit der Geldpolitik, der Bankenaufsicht, der Finanzstabilität und der Bargeldversorgung – eine der Kernaufgaben der Deutschen Bundesbank.²⁾ Diesem öffentlichen Auftrag kommt die Bundesbank durch verschiedene Aktivitäten nach: Die Bundesbank überwacht die entsprechenden Systeme, Verfahren und Instrumente, um die Risiken im Zahlungsverkehr zu beobachten, zu analysieren und die Marktteilnehmer bei deren Begrenzung zu unterstützen. Auf dieser Basis und angesichts des Charakters eines stabilen Zahlungsverkehrs als öffentliches Gut koordiniert und gestaltet die Bundesbank katalytisch die Zahlungsverkehrspolitik und damit die Entwicklungslinien im unbaren Zahlungsverkehr aktiv mit. Zudem betreibt die Bundesbank eigene Systeme. Dabei ist wegen des engen Zusammenhangs mit der operativen Umsetzung der Geldpolitik und wegen

des damit verbundenen Risikos für die Finanzstabilität ihre Rolle im Individualzahlungsverkehr stärker ausgeprägt als im Massenzahlungsverkehr.

Überwachung des Zahlungsverkehrs

Die Überwachung des Zahlungsverkehrs ist eine Aufgabe der Zentralbanken, die in den letzten Jahren spürbar an Bedeutung gewonnen hat. Im Fokus der Überwachung stehen Zahlungssysteme, die für die Finanzstabilität von besonderer – also systemischer – Bedeutung sind. Für diese wurden Überwachungsstandards auf internationaler Ebene durch die Zentralbankpräsidenten der G10 beschlossen, und zwar die „Grundprinzipien für Zahlungsverkehrssysteme, die für die Stabilität des Finanzsystems bedeutsam sind“ (BIZ, Januar 2001). Die mit der Aufsicht beauftragten Stellen überprüfen die Systeme auf Einhaltung der Überwachungsstandards und wirken gegebenenfalls auf Veränderungen hin. Ebenfalls in die Überwachung einbezogen werden können aber auch weniger bedeutsame Zahlungssysteme, einzelne Instrumente des Zahlungsverkehrs, die Betreiber systemisch wichtiger Infrastrukturen des Zahlungsverkehrs sowie sonstige Anbieter von Zahlungsdienstleistungen. Die Bundesbank überwacht – basierend auf nationaler Rechtsgrundlage im Rahmen der harmonisier-

Überwachung anhand bestimmter Standards

²⁾ Der Gesetzgeber hat der Deutschen Bundesbank einen Sorgeauftrag für den Zahlungsverkehr erteilt: „Sie ... sorgt für die bankmäßige Abwicklung des Zahlungsverkehrs im Inland und mit dem Ausland und trägt zur Stabilität der Zahlungs- und Verrechnungssysteme bei.“ (§ 3 Gesetz über die Deutsche Bundesbank). Dieser Auftrag findet seine Entsprechung auf europäischer Ebene (Artikel 105(2) EU-Vertrag, Artikel 22 der Satzung des EZB und der EZB).

ten Überwachungs politik des Eurosystems sowie in Kooperation mit Zentralbanken der G10-Länder – eine Reihe von Zahlungssystemen und -instrumenten, Infrastrukturbetreiber sowie weitere Zahlungsverkehrsdienstleister. Die Aktivitäten schließen die Beobachtung des gesamten Zahlungsverkehrs in Deutschland ein.

Zahlungsverkehrspolitik

Automatisierung und Informationstechnologie

Die heutige Zahlungsverkehrslandschaft ist das Ergebnis einer vorausschauenden und nachhaltigen Zahlungsverkehrspolitik, die – einsetzend in den sechziger Jahren – darauf abzielte, den Zahlungsverkehr hinsichtlich Effizienz und Sicherheit stets auf dem neuesten Stand zu halten. Beide Prinzipien, Stabilität und Effizienz, bedingen einander: Nur ein effizientes System ist auf Dauer stabil und sicher, da es in der Lage ist, die Mittel für seine laufende Weiterentwicklung und Absicherung seiner Integrität zu erwirtschaften. Umgekehrt ist nur ein sicheres System auch effizient, da nur sichere Verfahren zu anhaltend hoher Akzeptanz bei den Nutzern führen, die Skaleneffekte und Kostendegression erst ermöglichen. Innerhalb dieses Rahmens gilt aber, dass der Individualzahlungsverkehr zwischen Kreditinstituten mit seinen zeitkritischen hohen Beträgen stärker auf Sicherheit und rasche Finalität (d. h. dass Zahlungen als geleistet gelten) ausgerichtet ist als der Massenzahlungsverkehr, bei dem wegen der umfangreichen Stückzahlen Effizienzaspekte eine stärkere Rolle spielen.

Ausschlaggebend für die heutige hohe Leistungsfähigkeit des Zahlungsverkehrs in Deutschland ist die Bereitschaft der institutionellen Anbieter von Zahlungsverkehrsdienstleistungen, insbesondere der Kreditinstitute und ihrer Verbände, zur Zusammenarbeit untereinander und mit der Bundesbank, verbunden mit hohen Investitionsausgaben. Im Ergebnis wurde der beleggebundene Zahlungsverkehr konsequent zugunsten einer beleglosen, automatisierten elektronischen Zahlungsabwicklung zurückgedrängt. Die Bundesbank war an diesem Prozess aktiv beteiligt. Mit einem kooperativen Ansatz versucht sie, die Interessen und Entscheidungen der am Zahlungsverkehr Beteiligten zu koordinieren und mit Blick auf die Ziele „kürzere Laufzeiten, sinkende Abwicklungskosten, höhere Sicherheit und Stabilität“ zu beeinflussen.

Ausgehend von der Erkenntnis, dass nur mittels gemeinsamer Standards und Verfahren der Zahlungsverkehr als Massengeschäft³⁾ effizient bewältigt werden kann, behandeln die Spitzenverbände des Kreditgewerbes die Zahlungsverkehrsfragen im „Betriebswirtschaftlichen Arbeitskreis“ des 1953 gegründeten Zentralen Kreditausschusses. Dabei geht es insbesondere um Interbankenstandards, die nicht in die Beziehung zwischen Bank und Kunde eingreifen. Im seit 1959 bestehenden Arbeitsstab Automation, dessen Federführung bei der Bundesbank

Beleghafter Zahlungsverkehr konsequent zurückgedrängt

Vereinbarung von Standards fördert Automation und...

³ Die bargeldlose Lohn- und Gehaltszahlung, die verstärkt ab Mitte der sechziger Jahre einsetzte, und die damit einhergehende Einrichtung von zunächst noch entgeltfreien Girokonten kann als Auslöser für das Massengeschäft und den daraus resultierenden Rationalisierungsdruck im Zahlungsverkehr angesehen werden.

... intensiven
Wettbewerb

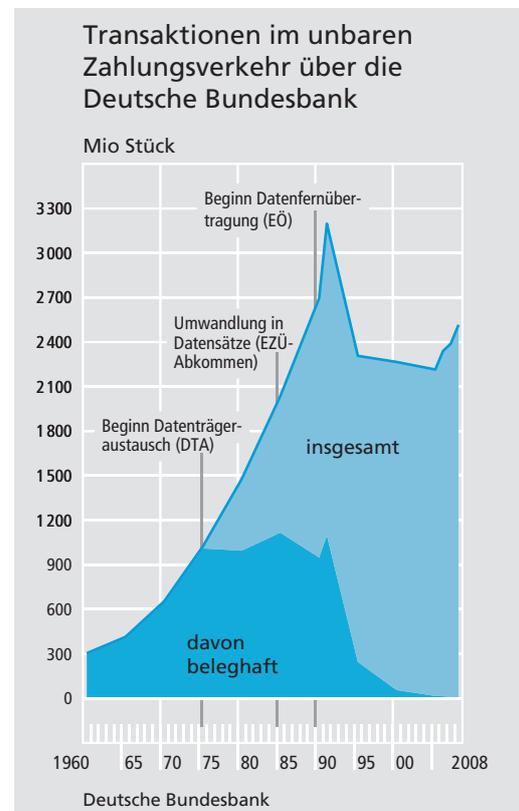
liegt, werden die grundsätzlichen Aspekte der Automation im Zahlungsverkehr diskutiert und Entscheidungen koordiniert. Gleichzeitig herrscht im deutschen Finanzsystem – auf dieser gemeinsamen Grundlage – ein intensiv geführter Wettbewerb. Dies begünstigt die Nutzer der Zahlungsverkehrsdienstleistungen, da hierdurch die Transaktions- und Kontoführungsentgelte unter denen in vielen anderen Ländern liegen. Zahlreiche Kreditinstitute in Deutschland bieten mittlerweile auch wieder entgeltfreie Girokonten an.

Große Bedeutung der Vereinbarungen und Abkommen im Zahlungsverkehr

Die Vereinbarungen und Abkommen zu einheitlichen Formaten, Standards und Verfahren wurden in die Form multilateraler Verträge gegossen und einvernehmlich beschlossen. Sie erhielten damit verbindlichen Charakter, bei den Kreditinstituten über ihre Mitgliedschaft in einem der kreditwirtschaftlichen Verbände oder – bei nicht verbandsgebundenen Kreditinstituten – im Wege der Einzelvereinbarung. Jeder Teilnehmer am Zahlungsverkehr hat diese Vereinbarungen zu beachten. Beispielhaft genannt seien hier die Abkommen zum Überweisungsverkehr, über den Einzug von Schecks, über den Lastschriftverkehr oder die Vereinbarung über den beleglosen Datenaustausch. Hierdurch werden Innovationen nicht behindert, da technische und operationelle Neuerungen durch flexible Anpassung der Abkommen aufgefangen werden können.

1. und 2. Automationsphase

Die Automatisierung des Zahlungsverkehrs wurde durch eine Vielzahl von Entscheidungen und Maßnahmen erreicht.⁴⁾ Üblicherweise unterscheidet man dabei die sogenannte „1. Automationsphase“, in der die



Belegbearbeitung rationalisiert wurde (Stichworte: einheitliche Vordrucke, Codierzeile, maschinenlesbare Schrift, Einführung der Bankleitzahl),⁵⁾ und die sogenannte „2. Automationsphase“. Hierbei ging es um das Vermeiden von Belegen beziehungsweise das möglichst früh im Bearbeitungsprozess verbindlich vorzunehmende Umwandeln der Zahlungsverkehrsdaten in einen elektronischen Datensatz. Somit wird der Auftrag – unter Verzicht auf eine kostenintensive und fehlerträchtige Bearbeitung von Belegen – automatisiert „mit hoher Durchgängigkeit“ („straight through processing“) mit sehr nied-

⁴ Detailliertere Ausführungen zur Automation finden sich in: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, Februar 1971, S. 58–63, Januar 1973, S. 18–21, August 1978, S. 20–22.

⁵ 1975 waren etwa zwei Drittel aller Scheck- und Lastschrifteinzüge und rd. die Hälfte der Überweisungen rationalisiert.

Meilensteine bei der Förderung der Beleglosigkeit

Jahr	Ereignis
1975	Start des beleglosen Datenträgeraustausches (DTA) für Überweisungen und Lastschriften
1985	Start des beleglosen Scheckeinzugs (BSE) für Schecks zuerst unter 1 000 DM, ab 1989 unter 2 000 DM, ab 1993 unter 5 000 DM (ab 1998 verpflichtend), ab 1999 unter 3 000 € und ab 2004 unter 6 000 €
1990	Start der Elektronischen Öffnung (EÖ) der Bundesbank: Ein- und Auslieferungen per Datenfernübertragung 1990 für Individualzahlungen im Nettosystem Elektronische Abrechnung Frankfurt (EAF) 1992 für Individualzahlungen im Echtzeit-Bruttosystem Elektronischer Schalter (ELS) 2000 für Massenzahlungen im Elektronischen Massenzahlungsverkehr (EMZ)
1991	Einführung von Transaktionsentgelten durch die Bundesbank Beleghaft: 0,05 DM je Überweisung und 0,10 DM je Einzugspapier Beleglos: 0,01 DM je Datensatz
1992	Umwandlungspflicht der Kreditinstitute für Überweisungen (EZÜ-Pflicht) zuerst ab 10 000 DM und nur für Fernüberweisungen, ab 1994 ab 1 000 DM und auch für Platzüberweisungen, ab 1997 für alle Überweisungen
1993	Umwandlungspflicht der Kreditinstitute für Lastschriften (EZL-Pflicht)
1994	Großbetrag-Scheckeinzugsverfahren (GSE-Verfahren) für Schecks
2007	Start des Imagegestützten Scheckeinzugs (ISE)

Deutsche Bundesbank

rigen Grenzkosten zum Empfänger durchgeleitet. Dies wäre ohne eine strikte Normung nicht zu erreichen gewesen.

Homebanking lässt Belegaufkommen weiter sinken

Die Zunahme des Homebanking und des Einsatzes von Zahlungskarten durch die privaten Nutzer lässt das Belegaufkommen und damit die Kosten der Kreditwirtschaft weiter sinken. Ende 2007 wurden in Deutschland rund 88 Millionen Konten geführt, davon rund 30 Millionen bereits als Online-Konten. Die hohe Akzeptanz des Online-Banking unterstreicht, dass die modernen Zahlungsinstrumente dann im Markt dauerhaft akzeptiert werden, wenn die Nutzer die Sicherheit des Instruments als ausreichend hoch ansehen.

Die Bundesbank hat das Bemühen um eine möglichst weitreichende Automatisierung

stets nachdrücklich unterstützt und gefördert, indem sie sich – neben ihrer koordinierenden und katalytischen Rolle – für den elektronischen Datenverkehr mit der Kreditwirtschaft geöffnet hat.⁶⁾ Sie hat ihre Dienstleistungsangebote konsequent preislich differenziert, um beleggebundene oder veraltete Verfahren zurückzudrängen. Auch beim Betrieb ihrer eigenen Verfahren hat die Bundesbank die Datenübertragung so weit wie möglich rationalisiert. Ende 2008 betrug der Anteil der per Datenfernübertragung – also ohne Datenträger (Disketten, Bänder) direkt in die

Maßnahmen der Bundesbank zur Förderung der Automatisierung

⁶ Unter anderem durch beleglosen Datenträgeraustausch, Nutzung der von SWIFT (Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication, ein von der internationalen Kreditwirtschaft in der rechtlichen Form einer Genossenschaft getragenes Unternehmen) bereitgestellten Kommunikationsmöglichkeiten sowie durch das Angebot spezifischer Zugänge für die Kunden zu den eigenen Rechnersystemen als „Elektronische Öffnung“ (EÖ).

Rechnersysteme geleiteten Datensätze – über 99 %. Darüber hinaus hat die Bundesbank vor Kurzem auch die Zugangs- und Kommunikationsmöglichkeiten in ihre für die Kunden geöffneten Rechnersysteme durch die Nutzung des Electronic Banking Interface Communication Standard (EBICS) und Financial Transaction Services (FinTS) verbessert und modernisiert.⁷⁾

*Beleglosigkeit
auch im
Scheckeinzug
erreicht*

Ein weiteres Beispiel für das Bemühen um Beleglosigkeit ist der im September 2007 eingeführte „Imagebasierte Scheckeinzug“ (ISE), bei dem auch Schecks ab 6 000 € nicht mehr physisch als Papierdokument bei der bezogenen Bank vorgelegt werden müssen. Allerdings spielt der Scheck im heutigen Massenzahlungsverkehr hinsichtlich der Stückzahlen praktisch keine Rolle mehr (2007: 81,9 Millionen Stück).⁸⁾ Das über Schecks abgewickelte durchschnittliche Betragsvolumen ist jedoch noch relativ hoch. Im Gegensatz zum Scheck eignet sich die Lastschrift für eine ausschließlich automatisierte elektronische Durchleitung besonders gut.

*IT ermöglicht
sichere Abwicklung
hoher
Beträge und
Stückzahlen*

Grundlage und gleichzeitig Motor der Modernisierung des Zahlungsverkehrs sind die immensen Fortschritte in der Informationstechnologie (IT), die eine immer höhere Geschwindigkeit bei der Datenverarbeitung und beim Datenzugriff sowie immer größere Datenspeicher ermöglichen. Vergleicht man die über die Bundesbank abgewickelten Zahlungen hinsichtlich Stückzahlen und Beträgen in den sechziger Jahren mit den heutigen Größenverhältnissen, wird deutlich, dass nunmehr sehr viel mehr Zahlungen mit einem insgesamt sehr viel höheren Betragsvolumen ab-

Zahlungen über Interbankzahlungssysteme der Deutschen Bundesbank *)

Jahr	Massenzahlungsverkehr		Individualzahlungsverkehr 1)	
	Stückzahl in Millionen	Beträge in Mrd €	Stückzahl in Millionen	Beträge in Mrd €
1999	2 180,9	2 243	30,2	86 101
2000	2 231,5	2 247	33,6	93 789
2001	2 201,9	2 204	34,2	103 730
2002	2 161,3	2 114	34,1	128 719
2003	2 193,1	2 104	34,9	131 564
2004	2 234,1	2 124	35,8	128 358
2005	2 178,3	2 103	36,8	140 440
2006	2 301,3	2 196	38,8	162 629
2007	2 346,4	2 263	42,6	185 089
2008	2 468,9	2 359	47,1	250 446

* Zum jeweiligen Zeitpunkt betriebene aktive Massen- und Individualzahlungssysteme. — 1 Bis 2. November 2001 EAF+ELS+TARGET aus dem Ausland eingetroffen; ab 5. November 2001 RTGS^{plus}+ELS+TARGET aus dem Ausland eingetroffen, Zahlungen zwischen RTGS^{plus} und ELS einfach gezählt; ab 5. Dezember 2005 RTGS^{plus}+HBV+TARGET aus dem Ausland eingetroffen, Zahlungen zwischen RTGS^{plus} und HBV einfach gezählt; ab 19. November 2007 TARGET2 Bundesbank+HBV+TARGET2 aus dem Ausland eingetroffen, Zahlungen zwischen TARGET2 Bundesbank und HBV einfach gezählt.

Deutsche Bundesbank

gewickelt werden, bei einem gleichzeitig drastisch geschrumpften Personaleinsatz. Dies zeigt auch die Tabelle auf Seite 58. Im Individualzahlungsverkehr stiegen eher die Beträge stark an. Gegenüber dem Jahr 1999 kletterte das Betragsvolumen im Individualzahlungsverkehr bis 2008 auf knapp das Dreifache (1999: 86 Billionen €; 2008 bereits 250 Billionen €, jeweils pro Jahr). Die Zahl der Transaktionen im gesamten Jahr erhöhte sich im gleichen Zeitraum von rund 30 Millionen Zahlungen auf 47 Millionen. Demgegenüber

7 EBICS ist ein multibankfähiger Standard für die Übertragung von Zahlungsverkehrsdaten über das Internet. FinTS ist ein Standard, der den Homebanking-Standard „Home Banking Computer Interface“ (HBCI) ablöst.

8 Große Bedeutung hat dabei das Auslaufen des „Eurocheque“-Abkommens 2002 sowie das Angebot des Handels, die als Garantiekarte dienende Bankkundenkarte als „Debitkarte“ mit Autorisierung per PIN oder Unterschrift und anschließendem Lastschriftinzug zu akzeptieren.

**Beträge und Stückzahlen
 der Gut- und Lastschriften
 im unbaren Zahlungsverkehr
 der Deutschen Bundesbank**

Jahr	Summe der Beträge in Mrd €	Veränderung gegen- über vorheriger Jahreszahl
1960	800	
1980	14 153	17,7fach
1991	73 882	5,2fach
2000	96 979	1,3fach
2008	252 805	2,6fach
		nachrichtlich gegenüber 1960: 316fach
Jahr	Stückzahlen in Millionen	Veränderung gegen- über vorheriger Jahreszahl
1960	304	
1980	1 477	4,9fach
1991	3 197	2,2fach
2000	2 266	0,7fach
2008	2 516	1,1fach
		nachrichtlich gegenüber 1960: 8,3fach

Deutsche Bundesbank

blieb der Teil des Massenzahlungsverkehrs, der über die Bundesbank abgewickelt wird, mit rund 2,16 Milliarden bis 2,47 Milliarden Transaktionen pro Jahr bei einem gleichzeitigen Betragsvolumen zwischen rund 2,1 Billionen € und 2,3 Billionen € pro Jahr weitgehend unverändert, allerdings bei einem gleichzeitigen Anstieg des Massenzahlungsverkehrs in Deutschland insgesamt. Dieser Umfang macht weniger als 1% des im Individualzahlungsverkehr abgewickelten Betragsvolumens aus, es entspricht somit etwa dem Umsatz von zwei Arbeitstagen im Individualzahlungsverkehr.

*Betragsvolumen
 seit 1960 um
 mehr als das
 300fache
 gestiegen*

Wegen der Steigerungen im Individualzahlungsverkehr lag das insgesamt über die Bundesbank abgewickelte Betragsvolumen 2008 etwa beim 18fachen des Wertes im Jahr 1980, im Vergleich zu 1960 ist es bis 2008

sogar um das 316fache gestiegen. Dagegen erhöhte sich die Zahl der Transaktionen zwischen 1980 und 2008 nur um rund 70% (von 1,48 Milliarden auf 2,52 Milliarden Stück), da die hierbei dominierenden Stückzahlen des Massenzahlungsverkehrs relativ zum Betragsvolumen deutlich moderater gestiegen sind.

Der unbare Zahlungsverkehr als „Netzwerkprodukt“ eignet sich in besonderer Weise dafür, die Leistungsverbesserungen in der IT unmittelbar in immer leistungsfähigere Zahlungsverkehrsprodukte umzusetzen. Zahlungsverkehrssysteme, die in elektronische Datensätze umgewandelte Zahlungsnachrichten transportieren und verarbeiten, unterliegen den für digitale Güter geltenden spezifischen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten. Hierzu zählen hohe Fixkosten in der Entwicklung und geringe Grenzkosten in der laufenden Produktion sowie angesichts der bestehenden Netzwerkexternalitäten die Notwendigkeit des Erreichens einer „kritischen Masse“ beim Marktanteil.⁹ Hinzu kommt ein hohes Innovationstempo, sodass bestehende Anwendungen immer kürzeren Lebenszyklen unterliegen. Kostentreibend wirken allerdings die steigenden Ansprüche an die Sicherheit der Daten und der Verfahren.

Zahlungsverkehr als Netzwerkprodukt

⁹ Bei einer positiven Netzwerkexternalität steigt der Nutzen eines Produkts für den einzelnen Nutzer mit der Gesamtzahl der Nutzer (Beispiel: Fax- und Telefonanschlüsse; Zahl der Konten; E-Mail-Adressen; Zahl der Teilnehmer an einem Gironetz usw.).

Liberalisierung, europäische Integration und Risikobegrenzung bei Transaktionen

Parallel zur immer stärker ausgeprägten Automatisierung beeinflussten auch andere Faktoren den nationalen und grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr in zunehmendem Maße.

*Liberalisierung
als Triebkraft*

Die einsetzende Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte ließ den Devisen- und Wertpapierhandel stark anschwellen. Finanzinnovationen, Derivate und Finanzplatzwettbewerb spielten eine wachsende Rolle. Das rasch steigende Bedürfnis, die Risiken bei den finanziellen Transaktionen zu begrenzen, beeinflusste ebenfalls die Zahlungsverkehrslandschaft.

*Begrenzung
der Risiken im
Devisenhandel
durch Brutto-
prinzip und
Zug-um-Zug-
Geschäfte*

Bereits 1974 rückte im Zuge der Insolvenz der „Herstatt-Bank“ nicht zuletzt das Abwicklungsrisiko im Devisenhandel ins Bewusstsein der Finanzmarktakteure. Hier ist im Fall von Kontrakten, bei denen die Partner in unterschiedlichen Zeitzonen handeln, die Leistung zu einem früheren Zeitpunkt fällig als die Gegenleistung. Bei einem Ausfall des Geschäftspartners erfolgt diese Gegenleistung unter Umständen dann nicht mehr. Wenn dagegen Leistung und Gegenleistung „Zug um Zug“ erfolgen, sinkt das Risiko entsprechend. Daher wurde im Devisenhandel verstärkt das „payment versus payment“-Prinzip und im Wertpapierhandel das „delivery versus payment“-Prinzip durchgesetzt. Seinen institutionalisierten Ausdruck findet das Zug-um-Zug-Prinzip auch in der seit September 2002 aktiven CLS-Bank mit Sitz in New York (Continuous Linked Settlement), bei der Ban-

ken aus verschiedenen Zeitzonen mit unterschiedlichen Währungen Devisen sicher auf Basis vorab bereitgestellter Zentralbankliquidität abwickeln können.

Mit Blick auf die immer stärker erkannte Notwendigkeit von Bruttozahlungssystemen, die zur effektiven Begrenzung von Risiken im Zahlungsverkehr die Abwicklung in Zentralbankgeld in Echtzeit erlauben, leiteten die von einer Gruppe internationaler Experten im November 1990 verabschiedeten sogenannten „Lamfalussy-Empfehlungen“ einen Paradigmenwechsel ein. In den bis weit in die neunziger Jahre hinein vorherrschenden Systemen, die mit dem Nettoprinzip arbeiteten (Verrechnen gegenseitiger Forderungen, aber kontenmäßiger Ausgleich der sich ergebenden Salden erst später zu bestimmten Zeitpunkten), konnte die Illiquidität oder der Ausfall eines Teilnehmers zu Dominoeffekten führen, damit den Zahlungsausgleich verhindern und im Extremfall in der Illiquidität weiterer Teilnehmer münden („systemisches Risiko“). In „Bruttosystemen“ setzt jede einzelne Zahlung eine ausreichende Deckung voraus. Die hierdurch mögliche rasche Finalität wird mit Liquiditätseinschränkungen erkaufte, die mit unverzinslichen Innertageskrediten, einem ausgeklügelten Warteschlangenverfahren sowie unter Umständen mit der Nutzung gegenläufiger Zahlungen kompensiert werden können.

*Bruttoabwicklung erhöht
Sicherheit...*

*... aber auch
den Bedarf an
Liquidität*

Die Entwicklungen in der Europäischen Union – Erweiterung der Union in mehreren Schritten, Europäischer Binnenmarkt, Einführung der gemeinsamen Währung 1999 – hatten zudem auch auf dem Feld des Zahlungs-

*Binnenmarkt
und Euro erfor-
derten neue
Verfahren*

verkehrs sehr weitreichende Konsequenzen. Im Individualzahlungsverkehr wurden grenzüberschreitende Zahlungen sehr viel wichtiger. So wurden zur weiteren Harmonisierung des Zahlungsverkehrs in den EU-Ländern bereits 1993 die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der verschiedenen Zahlungsverkehrssysteme in allen EU-Ländern eingehend analysiert und gemeinsame Mindeststandards festgelegt (Bericht der „Working Group on EC Payment Systems“ der EG-Zentralbankgouverneure: „Minimum common features for domestic payment systems“).¹⁰ Und gerade die Einführung des Euro, der als gemeinsame Währung einen einheitlichen Geldmarkt in allen Euro-Ländern voraussetzt, erforderte im Zahlungsverkehr zwischen den Banken völlig neue Verfahren und Systeme. Dagegen blieben im grenzüberschreitenden Massenzahlungsverkehr die Stückzahlen und Beträge vorerst begrenzt – und damit auch der Rationalisierungs- und Harmonisierungsdruck.

*TARGET –
Voraussetzung
für einheitlichen
Geldmarkt*

Mit dem TARGET-System,¹¹ das im Januar 1999 im Eurosystem eingeführt wurde und eine durch die Notenbanken betriebene automatisierte Echtzeit-Abwicklung mit sofortiger Finalität der Transaktionen in hochliquidem und insolvenzfestem Zentralbankgeld bietet, wurde die gemeinsame Währung Euro zahlungsverkehrstechnisch erst ermöglicht. Über TARGET können grundsätzlich alle Banken in den EU-Ländern mit allen anderen Banken direkt oder indirekt Zahlungen austauschen. Das Bruttoprinzip hat mit dafür gesorgt, dass trotz des in der aktuellen Finanzkrise geringen Vertrauens der Kreditinstitute untereinander, das den Interbanken-Geldmarkt und den

Geldhandel beeinträchtigt, gleichwohl der eigentliche Zahlungsverkehr zwischen ihnen unverändert gut funktioniert.

Gleichzeitig erhöhten sich im stark standardisierten und normierten Euro-Zahlungsverkehr nicht nur die Geschäftsmöglichkeiten für die Kreditwirtschaft insgesamt, sondern umgekehrt – nach Wegfall der unterschiedlichen Währungen – auch die Wettbewerbsintensität. Neben TARGET wird von der Kreditwirtschaft in der EU durch die European Banking Association (EBA) mit Euro 1 ein Verfahren für Individualzahlungen betrieben, das als Nettosystem ausgestaltet ist, aber durch verschiedene Vorkehrungen ebenfalls ein hohes Sicherheitsniveau aufweist.

Von besonderer Bedeutung für die Lösung des strukturellen Liquiditätsproblems in Bruttozahlungssystemen ist der Innertageskredit. Zur Risikobegrenzung der Zentralbank als Kreditgeber ist im Eurosystem der Innertageskredit mit notenbankfähigen Sicherheiten zu unterlegen, die im Fall der nicht rechtzeitigen Rückzahlung – und damit eines Überschwapens in einen Übernachtskredit – als Pfandsicherheit dienen. So ist das sehr ausgeprägte „Frontloading“ der TARGET-Zahlungen bei der Bundesbank auch dem unverzinsten, aber besicherten Innertageskredit geschuldet, da die frühzeitige Nutzung der Innertagesliquidität durch entsprechende Zahlungsaufträge die einliefernde Bank vergleichsweise wenig

*Vorteile eines
pfandbesicherten
unverzinsten
Innertageskredits*

¹⁰ Die Entwicklungen im unbaren Zahlungsverkehr der Deutschen Bundesbank bis zu Beginn der neunziger Jahre sind näher beschrieben in: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, August 1994, S. 47–63.

¹¹ Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer

kostet,¹²⁾ aber das System mit „Liquidität schmiert“. Im täglichen Durchschnitt werden rund 50 % aller Transaktionen bereits in den ersten drei Stunden abgewickelt (Betriebszeit insgesamt 11 Stunden), nach 4 ½ Stunden sind rund 50 % des Betragsvolumens erreicht.

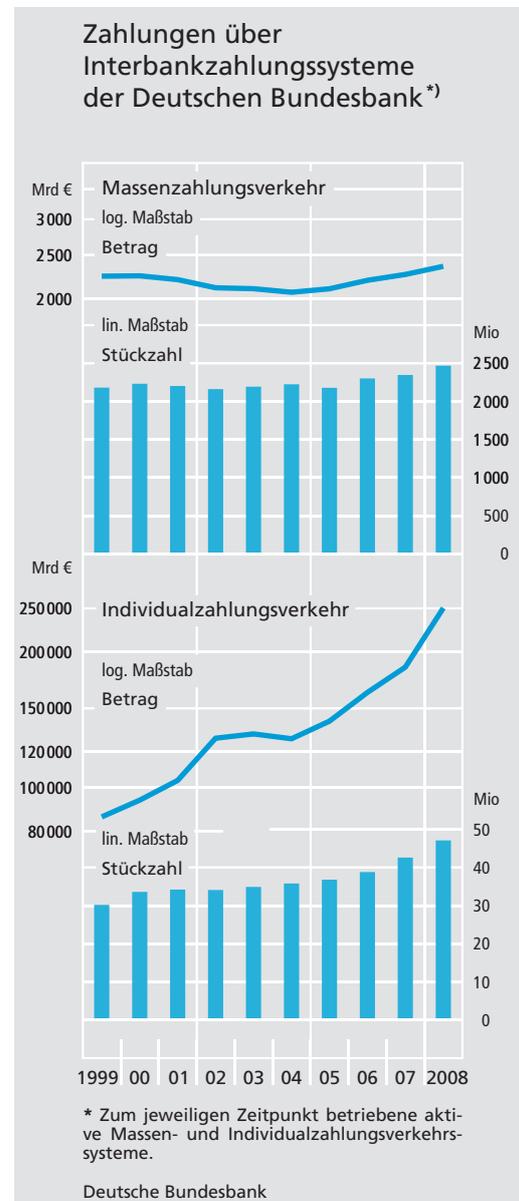
Der Risikobegrenzung im Zahlungsverkehr dienen außerdem umfangreiche Vorkehrungen zur Notfallvorsorge im Falle gravierender technischer Störungen oder anderer schädlicher Einwirkungen von außen (Back-up-Systeme und -Verfahren; Business Continuity Planung; Contingency-Verfahren).

Betrieb eigener Zahlungssysteme bei der Bundesbank

TARGET und das im November 2007 eingeführte Nachfolgemodell TARGET2 sind Beispiele dafür, wie die Bundesbank ihrem gesetzlichen Auftrag auch durch den Betrieb eigener Systeme und Anwendungen nachkommt. Dabei liegen aus Notenbanksicht der Teilnahme am Individualzahlungsverkehr und am Massenzahlungsverkehr unterschiedliche Überlegungen zugrunde.

Individualzahlungsverkehr bei der Bundesbank

Im zweiten Halbjahr 2008 lieferten die deutschen Kreditinstitute im Durchschnitt pro Tag rund 180 000 Zahlungen über rund 1 000 Mrd € in das TARGET2-System ein. Dies entspricht rund einem Drittel des über das System europaweit insgesamt abgewickelten Betragsvolumens. Der Individualzahlungsverkehr ist – neben der Abwicklung der geldpoli-



tischen Operationen des Eurosystems über das Kontensystem der Zentralbanken – Voraussetzung für eine effiziente Geldmarktsteuerung und die Durchsetzung der Geldpolitik über marktmäßige Instrumente.

¹²⁾ Es fallen immerhin Transaktionskosten der Sicherheitenverpfändung an; zudem könnten Opportunitätskosten aus dem Verzicht auf eine anderweitige Nutzung der verpfändeten Sicherheiten entstehen.

TARGET2-Securities

Auch Jahre nach der Einführung der Währungsunion ist die europäische Wertpapierabwicklung fragmentiert, wobei viele Zentralverwahrer in einer Alleinstellung in ihrem nationalen Umfeld agieren und daher wenig Wettbewerb besteht. Auch wenn einige Konsolidierungsbewegungen bei den Zentralverwahrern zu verzeichnen sind, ist eine weitreichende Konsolidierung der europäischen Wertpapierabwicklung – im Gegensatz zur Konsolidierung der Zahlungsverkehrssysteme der Notenbanken auf TARGET2 – bisher auch wegen der divergierenden Interessen der Zentralverwahrer und deren unterschiedlicher Eigentümerstrukturen ausgeblieben. Im Vergleich zur nationalen Abwicklung ist die grenzüberschreitende Wertpapierabwicklung in Europa weniger effizient und teurer, auch weil in den einzelnen Ländern nach unterschiedlichen Standards und Verfahren abgewickelt wird. Um eine integrierte Infrastruktur für Wertpapierabwicklung für den einheitlichen europäischen Kapitalmarkt bereitzustellen, wird das Eurosystem mit TARGET2-Securities (T2S) einen Service zur Abwicklung von Wertpapiertransaktionen in Zentralbankgeld anbieten. T2S entspricht in seinen Grundzügen der TARGET2-Philosophie, wonach eine gemeinsame technische IT-Plattform effizienter, kostengünstiger und auch nutzerfreundlicher ist als das bisherige dezentrale System. Dabei steht T2S auch im Einklang mit anderen europäischen Initiativen im Bereich Clearing und Settlement (z.B. Code of Conduct). T2S ist ein reiner Abwicklungsservice, während Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren und die damit verbundenen Dienstleistungen in den Händen der nationalen Zentralverwahrer verbleiben. Mit Zentralisierung der Abwicklung und der Integration der Geld- und Wertpapierseite auf einer Plattform wird die grenzüberschreitende Abwicklung künftig genauso einfach und effizient wie die heutige nationale Abwicklung und zudem durch Skaleneffekte noch erheblich kostengünstiger. Die Realisierung von T2S und TARGET2 auf einer gemeinsamen Plattform des Eurosystems birgt zudem erhebliches Synergiepotenzial und trägt damit zusätzlich zur Kostensenkung bei. Die Deutsche Bundesbank, die Banque de France und die Banca d'Italia, die bereits für die Entwicklung und den Betrieb von TARGET2 verantwortlich zeichnen, entwickeln T2S gemeinsam mit dem Banco de España im Auftrag des Eurosystems und werden es auf der Gemeinschaftsplattform betreiben. Das Eurosystem unterliegt anders als private Anbieter keiner erwerbswirtschaftlichen Motivation und wird als neutraler Agent die Dienstleistung auf Kostendeckungsbasis anbieten, wodurch ein profitmaximierendes Monopolverhalten ausgeschlossen ist. Zudem hat T2S das Potenzial als Katalysator für weitergehende Harmonisierung bei der Gesetzgebung und technischen Verfahren zu wirken.

Deutsche Bundesbank

Seit dem 19. November 2007 wickeln alle TARGET2-Teilnehmer ihre Euro-Zahlungen auf einer einheitlichen Gemeinschaftsplattform ab, die von den drei Zentralbanken Banque de France, Banca d'Italia und Deutsche Bundesbank entwickelt wurde.¹³⁾ Diese Zentralbanken betreiben die Plattform im Auftrag des ESZB.

*TARGET2 Single
Shared
Plattform*

Die prominente Rolle der Notenbanken im Individualzahlungsverkehr erklärt sich sowohl aus den Gründen der operativen Umsetzung der Geldpolitik als auch daraus, dass für die Kreditinstitute die Abwicklung des Zahlungsverkehrs in Zentralbankgeld über Konten der Notenbanken wesentliche Vorteile aufweist. Da alle Kreditinstitute bei der Zentralbank zumindest ein Konto unterhalten, dessen Guthaben als Deckung für Interbankenzahlungen dient (sog. „Arbeitsguthaben“ oder „working balances“), werden Überweisungen zwischen Banken häufig über die Zentralbank als „Settlement Agent“ abgewickelt. Denkbar wäre, dass auch andere große Institute diese Rolle als „Girozentrale“ übernehmen könnten, analog der Rolle der Landesbanken für die Sparkassen beziehungsweise der Genossenschaftlichen Zentralinstitute für die Kreditgenossenschaften. Aus Sicht der Kreditwirtschaft insgesamt dürfte aber die Übernahme der Funktion eines „Settlement Agent“ durch die Zentralbank eher Vorteile bieten. Der Grund ist, dass Zentralbanken zumindest in heimischer Währung keinem Insolvenzrisiko

*Zentralbank als
Settlement
Agent bietet
Vorteile*

13 Das von der Bundesbank entwickelte nationale RTGS-System „RTGS^{plus}“, das TARGET-System sowie das Nachfolgesystem TARGET2 sind ausführlich dargestellt in: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, Juni 2000, S. 61–73, April 2002, S. 59–73, September 2005, S. 45–59, Oktober 2007, S. 69–83.

unterliegen, dass das zum Saldenausgleich dienende Zentralbankgeld aus Sicht der Kreditwirtschaft die beste Form von Liquidität darstellt (höchste Akzeptanz und Verwendbarkeit, geringstes Risiko) und dass Zentralbanken wettbewerbsneutral handeln. Hinzu kommt, dass nur die Zentralbanken als „Kreditgeber der letzten Instanz“ („lender of last resort“) auftreten können, um im Bedarfsfall rasch zusätzlich benötigte Liquidität bereitzustellen. Außerdem können zentrale Anbieter von Individualzahlungssystemen die Vorteile realisieren, die sich aus hohen Fix- und geringen Grenzkosten, aus der Standardisierung sowie aus Skalenerträgen ergeben. Davon profitieren auch die Nutzer. Die Vorteile aus dieser Rolle der Zentralbank sind ausschlaggebend dafür, dass auch Wertpapierabwicklungssysteme die geldliche Abwicklung ihrer Transaktionen in Zentralbankgeld bei der Notenbank vornehmen.

Finanzplatzvorteil durch faktische Verzinsung der Arbeitsguthaben

Mit Blick auf den Wettbewerb zwischen den Finanzplätzen ergibt sich für das Eurosystem aus der verzinnten Mindestreserve sogar ein Vorteil gegenüber Finanzplätzen, die ohne dieses Instrument auskommen. Da die Mindestreserve im Monatsdurchschnitt zu halten ist, zu Marktsätzen verzinst wird und gleichzeitig als Arbeitsguthaben für den Interbankenzahlungsverkehr eingesetzt werden kann, wird durch die Mindestreserve nicht nur der weitere Liquiditätsbedarf des Bankensystems für die kommenden Offenmarktgeschäfte laufend gemessen, sondern im Ergebnis werden die Arbeitsguthaben sogar marktmäßig verzinst.

Massenzahlungsverkehr
bei der Bundesbank

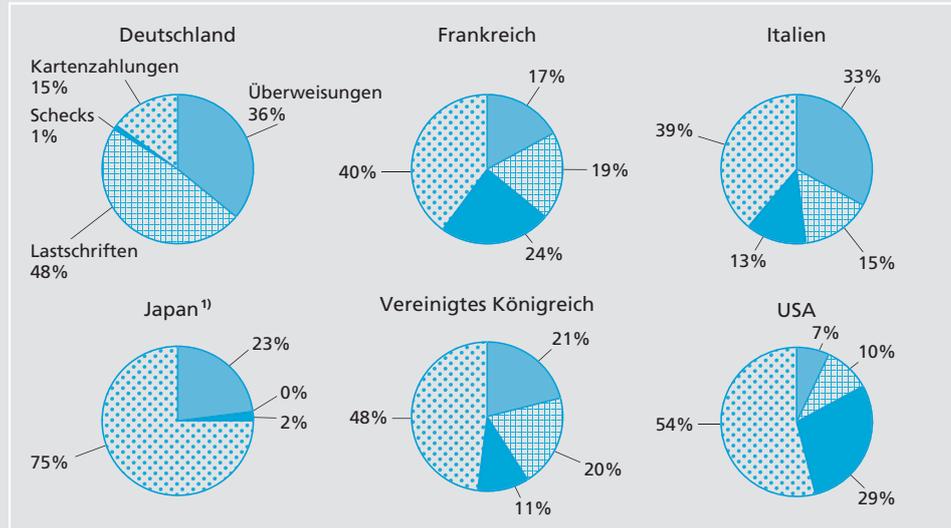
Der Massenzahlungsverkehr – also vor allem die täglichen unbaren Zahlungen der Nichtbanken (private Haushalte, öffentliche Verwaltungen, Unternehmen) – ist gekennzeichnet durch hohe Stückzahlen und betragsmäßig eher überschaubare, weniger eilbedürftige Transaktionen. Im Durchschnitt wurden im zweiten Halbjahr 2008 pro Tag über die Bundesbank rund 9,5 Mrd € bei rund 9,9 Millionen Zahlungen abgewickelt. Im Vordergrund steht hier das Bestreben nach niedrigen Kosten bei gleichwohl sicherer Abwicklung und möglichst kurzen Laufzeiten. Neben Überweisung und Lastschrift hat in Deutschland nur noch die Debitkarte (Bankkundenkarte mit Belastung des Kontos ein bis zwei Tage später; 1,7 Milliarden Transaktionen in 2007) eine große Bedeutung. Einen Überblick über den Einsatz der Zahlungsverkehrsinstrumente in Deutschland und in anderen ausgewählten Ländern geben das Schaubild und die Tabelle auf den Seiten 64 und 66. Der Einsatz der Kreditkarte erscheint im internationalen Quervergleich ebenfalls eher moderat, wie die Anzahl der Transaktionen pro Kopf der Bevölkerung ausweist.

Im inländischen Massenzahlungsverkehr, in dem durchschnittlich pro Tag rund 55 Millionen Transaktionen abgewickelt werden, tauschen die Kreditinstitute ihre elektronischen Zahlungsnachrichten unter Einschaltung von Zentralinstituten und verbundeigenen Rechenzentren untereinander aus („bilaterales Interbankenclearing“). Abschließend werden nur noch die jeweiligen Bruttobeträge über

Geringe Inanspruchnahme der Bundesbank

Verwendung von Zahlungsverkehrsinstrumenten durch Nichtbanken

in % der gesamten Anzahl der Transaktionen im Jahr 2007



in % der gesamten Anzahl der Transaktionen



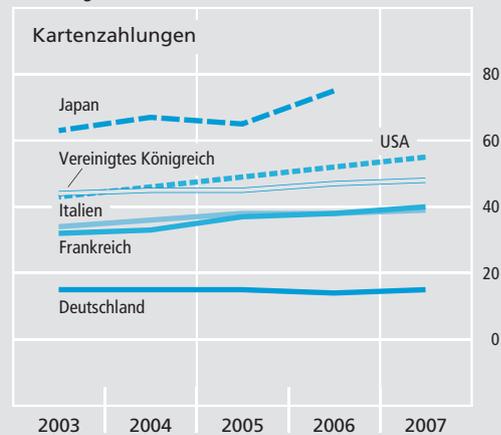
in % der gesamten Anzahl der Transaktionen



in % der gesamten Anzahl der Transaktionen



in % der gesamten Anzahl der Transaktionen



¹ Angaben für 2006.

Deutsche Bundesbank

ihre Konten bei der Bundesbank ausgeglichen. Hierdurch werden rund 85 % des gesamten Transaktionsvolumens direkt zwischen Banken verrechnet. Die restlichen 15 % des Massenzahlungsverkehrs werden über das von der Bundesbank angebotene System „Elektronischer Massenzahlungsverkehr“ (EMZ) abgewickelt. Die Zahl der über die Bundesbank abgewickelten Transaktionen im Massenzahlungsverkehr erreichte 1991 mit knapp 3,2 Milliarden einen Höchstwert. Nachdem die Bundesbank mit der Einführung von Entgelten gegensteuerte, blieb das Volumen – auf etwas niedrigerem Niveau – seit 1995 faktisch konstant (rd. 2,3 Milliarden Transaktionen im Jahr). Hinsichtlich des Marktanteils bedeutet dies mehr als eine Halbierung gegenüber dem Anteil von annähernd 35 % im Jahr 1991. Die Bundesbank steht mit dieser komplementären Rolle nicht im Wettbewerb mit der Kreditwirtschaft. Private Haushalte und Unternehmen können keine Konten bei der Bundesbank unterhalten. Somit sind – neben den inländischen Kreditinstituten – nur öffentliche Haushalte (Funktion der Bundesbank als „Fiscal Agent“), Geld- und Wertdienstleister, ausländische Kreditinstitute und internationale Organisationen Inhaber von Konten bei der Bundesbank.

Gründe für Teilnahme der Zentralbank am Interbank-Zahlungsverkehr für Massenzahlungen

Die Beteiligung einer Zentralbank am Massenzahlungsverkehr hat andere Gründe als die Teilnahme am Individualzahlungsverkehr. Durch ihr Gironetz ermöglicht die Bundesbank allen Banken, insbesondere aber den kleineren Instituten ohne Verbundzugehörigkeit, Dienstleistungen im Zahlungsverkehr ohne Wettbewerbsnachteile anzubieten.

Über die Bundesbank kann jedes andere Institut im Inland zahlungstechnisch eingangs- und ausgangsseitig erreicht werden. Grundsätzlich steht die Bundesbank mit ihrer Infrastruktur aber auch bereit, bei technischem Ausfall von Teilen des Kreditgewerbes mit ihren eigenen Systemen und Verfahren die Lücken zumindest partiell zu schließen.

Der Prozess der wirtschaftlichen und monetären Integration in Europa beeinflusst in den letzten Jahren die Entwicklung im Bereich des Massenzahlungsverkehrs ebenfalls nachhaltig. Neben den sogenannten EU-Standardüberweisungen¹⁴⁾ können im grenzüberschreitenden Massenzahlungsverkehr seit 28. Januar 2008 auch SEPA-Überweisungen (Single Euro Payments Area, Einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum) in das europäische Ausland geleitet werden. Die EU-Kommission hatte bereits in der Vergangenheit durch eine Verordnung dafür gesorgt, dass die Entgeltbelastung für Zahlungen in das europäische Ausland derjenigen für Inlandszahlungen entspricht.¹⁵⁾

SEPA-Überweisung

Ab November 2009 soll die SEPA-Lastschrift hinzukommen. Leitidee ist dabei, dass dieses neue SEPA-Format bei Überweisungen und Lastschriften die derzeitigen nationalen For-

SEPA logische Folge von Binnenmarkt und Euro

¹⁴ Zahlungen gemäß Verordnung (EG) Nr. 2560/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 2001 über grenzüberschreitende Zahlungen in Euro.

¹⁵ Abwicklungstechnisch werden die grenzüberschreitenden Zahlungen durch die Einführung der International Bank Account Number (IBAN) und die Nutzung des Bank Identifier Code (BIC) erleichtert. Mit der IBAN können die in den EU-Ländern sehr großen Unterschiede bei der Systematik der Kontonummern ausgeglichen werden. Der BIC, eine acht- bzw. 11-stellige Folge von Buchstaben und Ziffern, ist letztlich die „Adresse“ einer Bank in SWIFT, die international jedem Kreditinstitut bekannt ist.

Verwendung von Zahlungsverkehrsinstrumenten durch Nichtbanken in ausgewählten Ländern

Anzahl der Transaktionen pro Einwohner und Jahr

Jahr	Deutschland	Frankreich	Italien	Japan	Vereinigtes Königreich	Vereinigte Staaten
Überweisungen						
2003	70,1	41,7	17,7	10,2	37,1	15,8
2004	74,8	41,6	18,2	10,4	43,4	17,0
2005	81,4	38,3	18,0	10,6	49,6	18,4
2006	88,2	41,4	18,2	10,7	50,5	19,9
2007	62,9	41,1	18,6	10,9	51,2	21,2
Lastschriften						
2003	66,2	37,9	7,2	–	40,8	14,4
2004	73,4	40,7	7,9	–	43,3	19,6
2005	80,8	40,0	8,0	–	45,2	24,2
2006	89,4	43,3	8,2	–	47,2	29,0
2007	83,9	45,8	8,6	–	48,6	33,9
Schecks						
2003	1,6	68,7	8,8	1,3	37,8	128,0
2004	1,3	66,2	8,5	1,2	34,9	118,8
2005	1,3	62,3	8,0	1,1	32,1	110,1
2006	1,3	60,6	7,8	1,1	29,3	101,8
2007	1,0	57,4	7,2	1,0	26,2	93,5
Kartenzahlungen ¹⁾						
2003	24,4	70,0	17,1	19,3	90,9	117,5
2004	27,1	74,5	19,2	24,0	98,6	132,0
2005	28,8	83,5	20,6	21,9	104,4	144,6
2006	29,6	88,9	21,2	35,7	111,0	161,4
2007	25,2	96,7	22,6	–	118,1	178,3

Quelle: Bank for International Settlements – Committee on Payment and Settlement Systems: Statistics on pay-

Deutsche Bundesbank

ment and settlement systems in selected countries, March 2009, S. 245 f. — 1 Kartenzahlungen (ohne E-Geld).

mate und Verfahren nicht ergänzt, sondern nach einer Übergangsfrist ablöst. Auch Inlandszahlungen per Überweisung oder per Lastschrift sollen zukünftig – nach einer noch zu bestimmenden Übergangsfrist – ausschließlich im SEPA-Format abgewickelt werden. Der Einheitliche Euro-Zahlungsverkehrsraum ist die logische Folge des Binnenmarkts und der Einführung des Euro. Im Zuge eines dann wettbewerbsfähigeren und effizienteren Zahlungsverkehrsmarktes werden entsprechende Vorteile für Finanzsektor, Realwirtschaft und Verbraucher erwartet. Auf lange Sicht gesehen sind „nationale Inselösungen“ nicht mit Binnenmarkt und Euro vereinbar. Das parallele Fortbestehen bisheriger Formate beziehungsweise Verfahren bedeutet, die in SEPA angelegten Möglichkeiten für den Wettbewerb über die Grenzen hinweg

und zur Kostensenkung nicht entsprechend auszuschöpfen. Gerade der Blick in die Vergangenheit zeigt, dass der Mut zu Innovationen – verbunden mit der Bereitschaft zur Finanzierung der notwendigen Investitionen – sich langfristig auszahlt.

Zahlungsverkehr und Geldpolitik

Die Entwicklungen im unbaren Zahlungsverkehr können spürbare Auswirkungen auf die Durchführung der Geldpolitik haben. Auf den Interbankenzahlungsverkehr – also den Individual- oder Großbetragszahlungsverkehr – ist hinsichtlich seiner Bedeutung für eine effiziente Geldmarktsteuerung und für einheitliche Geldmarktkonditionen bereits hingewiesen worden (TARGET, TARGET2). Ein geändertes

Verhalten der Nichtbanken im Massenzahlungsverkehr, insbesondere durch Innovationen und neue Konditionen beziehungsweise Entgelte, kann Auswirkungen auch auf monetäre Indikatoren haben. Bekanntestes Beispiel ist die Verdrängung von Bargeld durch Giralgeld. Die Nachfrage nach Zentralbankgeld, die sich aus dem Bargeldbedarf des Publikums, der Mindestreserve und aus der Haltung freiwilliger Arbeitsguthaben für den Interbankenzahlungsverkehr auf den Konten der Zentralbank ergibt, ist ein

wesentlicher Faktor für die erfolgreiche Steuerung des Zinsniveaus am Geldmarkt durch die Notenbanken. Verändern beispielsweise Innovationen bei den Zahlungsinstrumenten die Nachfrage nach Zentralbankgeld, muss die Geldpolitik dies entsprechend berücksichtigen. Die intensive Beobachtung und Analyse der Marktentwicklungen durch das Eurosystem ist daher von wesentlicher Bedeutung, um Neuerungen im Zahlungsverhalten rechtzeitig Rechnung tragen zu können.